20 Jahre Berufs- und Weiterbildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe St. Gallen (BZGS)

Beni Würth Ständerat – es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Kennen Sie Smartvote?

Das ist praktisch, sie können eine Politikerin und Politiker vermessen. Ob sie oder er finanzpolitisch streng oder large ist, ob sie oder er sozialpolitisch grosszügig oder knausrig ist. Etc

Ich habe das pflichtbewusst auch wieder ausgefüllt. Eine Frage war: Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Förderunterricht-Gutscheinen für Schüler/-innen aus Familien mit geringem Einkommen)?

Ich finde, eigentlich machen wir schon sehr viel dafür und wir sollten vor allem die vorhandenen Mittel effektiver einsetzen. Da bin ich schon mal rechts, wenn ich auf die gestellte Frage Nein sage. Darum rate ich zu Vorsicht beim Gebrauch solcher Tools.

So geht es uns aber nicht nur bei Smartvote, sondern auch in der praktischen Politik in Bern – speziell auch in der

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, die ich aktuell präsidiere.

Viele Themen, die bei uns auf den Tisch kommen, diskutieren wir in etwa nach folgendem Muster.

Natürlich ist das Anliegen wichtig, aber ist dafür wirklich der Bund zuständig? Ist es sinnvoll, wenn eine Bundesstelle für Herr und Frau Schweizer Bundesbeiträge zahlt oder sollten das nicht besser Kantone und Gemeinden tun, die Herr und Frau Schweizer besser kennen.

So geschehen grad in diesen Tagen. Ich finde, dass es besser ist über das bewährte Familienzulagensystem den berufsbedingten Kita-Aufwand auszugleichen. Wir können nicht jedes Jahr einfach 800 Millionen zu Lasten Bundeshaushalt für einen Bereich zur Verfügung stellen, wo klar Kantone und Gemeinden zuständig sind und wo die Wirtschaft ein direktes, unmittelbares Interesse hat.

Jetzt bin ich angeblich ein Spielverderber

Sie ahnen es: Die Frage stellte sich bei uns im Rat natürlich auch bei der Pflegeinitiative. Und diejenigen, die Nein gesagt haben, waren nicht der Meinung, dass es keinen Pflegenotstand in der Schweiz gibt. Sie glaubten einfach nicht an das vorgeschlagene Instrumentarium

Letztlich haben Volk und Kantone entschieden und das ist gut so: Man wird nun im grossen Umfang Fördermittel bereit stellen.

Die Bildungsverantwortung liegt aber weiterhin bei den Kantonen und das ist auch richtig und sinnvoll.

Dass der Bund sich nun stärker engagiert, darf nicht bedeuten, dass das Engagement der Kantone zurückgeht. Das Gegenteil muss der Fall sein.

Verantwortung muss man wahrnehmen. Und hier habe ich den Eindruck, dass die Corona – Pandemie einiges verschoben hat. Daran ist zum Teil aber auch der Bundesrat selbst schuld. Erinnern sie sich noch an die ersten Medienkonferenzen ?

Ich habe damals als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen gestaunt, wie der Bundesrat sich mehr oder weniger als integraler Problemlöser positionierte.

Dass dies dann in der Praxis anders ablief, weil eben die Kantone aufgrund der bestehenden Aufgabenverteilung viele Hebel in der Hand hatten, ist mittlerweile klar. Aber das Signal blieb irgendwie haften. Gibt es ein Problem, wird nach dem Bund geschrien – leider auch immer stärker von Kantonen selbst.

Das ist aber nicht unsere Staatsidee. Der Bund soll zum Zuge kommen, wenn die Erfüllung einer Aufgabe die Leistungsfähigkeit der Kantone übersteigt.

Der Ökonom Peter Drucker sagte einmal sehr treffend:
„Es ist wichtiger, das Richtige zu tun, als etwas richtig zu tun."

Von dieser Überlegung können wir uns im beruflichen wie im privaten Leben leiten lassen, in der Wirtschaft wie in der Politik.

Gerade in der Schweiz bemühen wir uns Aufgaben, zuverlässig zu erfüllen. Wir stellen uns aber zu wenig die Frage, tun wir auch das Richtige?

Und auf die Politik übertragen: Es ist nach meiner Erfahrung nicht gut, wenn alle ein bisschen verantwortlich sind und sich in einem Thema engagieren. Es wäre besser, wenn wir die Aufgaben klar zuweisen, damit jede und jeder überzeugt ist:

Wir tun das Richtige richtig.

Die duale Berufsbildung ist hier ein gutes Anschauungsbeispiel. Ich glaube insgesamt – wir tun hier das Richtige richtig. Die Ausbildungsbetriebe schaffen die praktische Lernerfahrung, die Berufsschulen bieten die Grundlagen für den Erwerb von allgemeinen und berufsbezogenem Wissen.

Das ist für mich der Erfolgsmix für eine optimale Bildung.

Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten, hat mal etwas sehr Kluges über gute Bildung gesagt:

Tell me and I forget

Teach me and I remember

Involve me and I learn

Was Franklin sagt, deckt den Kern der Berufsbildung ab. Dieses Modell ist darum so erfolgreich, weil die Lernenden in den Ausbildungsbetrieben fest verankert, involviert sind. Die Kombination von praktischen und schulischen Erfahrungen schafft nachhaltige Lernerfolge.

Zu den Stärken unseres Systems gehört aber auch die hohe Durchlässigkeit – kein Abschluss ohne Anschluss.

Wenn ich bei Bewerbungsgesprächen die CV's anschaue, dann stelle ich fest: die Bildungspfade werden immer vielfältiger und individueller. Das ist gut so.

Trotzdem müssen Meilensteine in einem solchen Bildungspfad auch verstanden und eingeordnet werden können – insbesondere in einem Arbeitsmarkt, der immer internationaler wird. Ich spreche hier insbesondere die Abschlüsse der höheren Berufsbildung an. Es gehört für mich zu den Enttäuschungen in dieser Legislatur, dass wir es nicht geschafft

haben, die international gängigen Bezeichnungen professional bachelor und professional Master auch in der Schweiz einzuführen. Dies würde den Berufsbildungsweg nachhaltig stärken. Die Learnings aus dieser Übung für mich sind:

1. In allen Sonntagsreden wird die Berufsbildung bemüht als zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz schlechthin. Wenn es darauf ankommt, verstehen viele Politikerinnen und Politiker den Reformbedarf in der Berufsbildung nicht.
2. Viele Akteure in der Bildungskette sind immer noch von Verlustängsten und Prestigedenken geprägt – das Lobbying der Fachhochschulen und von Swissuniversities im Vorfeld dieser Parlamentsdebatte war ein typisches Beispiel.
3. Ich stelle fest, dass in gewissen Kantonen der Akademisierungstrend bald französische Zustände annimmt. Das heisst, das System bewegt sich immer mehr von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes weg, die Studienabbrüche nehmen zu, der Fachkräftemangel wird zusätzlich verstärkt und der Stellenwert der Berufsbildung sinkt. In diesen Kantonen wird dann auch für alles mögliche ein akademischer Abschluss verlangt, was Gesellschaft und Wirtschaft letztlich in eine Art Teufelskreis bringt.

Im Kanton St. Gallen haben wir diesbezüglich aber nach wie vor eine sehr gute Situation. Hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, starke Berufsschulen, gute Quote. Dem müssen wir Sorge tragen. Den Leuten und insbesondere den Medien, die

sagen, wir müssten punkto Maturitätsquote «aufholen», muss man deutlich machen: NEIN. Nein, ich bin der Überzeugung, dass wir in unserm Kanton das richtige Gleichgewicht der Bildungsgänge pflegen. Das hilft der Jugend, das hilft der Wirtschaft, das hilft der Gesellschaft.

Einen guten Zustand erhalten, bedeutet aber auch, dass man notwendige Reformen rechtzeitig einleitet. Ich möchte mich hier nicht in die aktuelle kantonale Politik einmischen. Meine Erfahrung zeigt, dass Standortdiskussionen leider oft nicht inhaltlich, sondern regionalpolitisch geführt werden. Im Grundsatz sind sich zwar immer alle einig: zuerst muss die inhaltlich-konzeptionelle Diskussion geführt werden und dann die standort- und infrastrukturbezogene. In der politischen Realität ist es aber oft anders und man tut so, als wären wir punkto Verkehrserschliessung in diesem Kanton noch im Postkutschenzeitalter. Auch die Spitaldiskussion verlief im übrigen nach diesem Muster.

Inhaltlich ist für mich klar: Es braucht starke Kompetenzzentren – gerade auch im Gesundheitsbereich. Dabei schliesse ich die Aus- und Weiterbildung natürlich mit ein, denn diese ist selbstverständlich Teil der vorhin angesprochenen Bildungspfade.

Die Geschichte des BZGS am heutigen Jubiläumstag zeigt aber auch – wenn Verantwortliche den Willen haben, für Schulen mit starkem inhaltlichen Profil und guter Vernetzung in die Betriebe

zu kämpfen, dann nimmt die Politik den Ball auf. Dann wird aus einer kleinen Pflanze ein starker Baum. Und das BZGS ist heute ein sehr starker Baum. Freue mich, dass heute viele Leute auch hier sind, die auf diesem Weg mit viel Engagement angepackt haben – ich kann nicht alle erwähnen. Marianne Gschwend Wick, Cornelia Hartmann, Ralph Hardegger, Andreas Weh, Thomas Kuster und natürlich Rolf Sutter.

Dieser Erfolg basiert auch auf einer guten Vernetzung mit den Ausbildungsbetrieben, deren Bedürfnisse vom System regelmässig integriert werden. Das bleibt eine der grössten Herausforderungen der Berufsbildung, nämlich dass die Bildungsinhalte laufend den aktuellen Anforderungen der Wirtschaft angepasst werden. In Zusammenarbeit von Organisationen der Arbeitswelt (OdA), Bund und Kantonen hat sich aber ein gutes System etabliert, das die periodische Überprüfung aller Berufsbilder, Bildungsinhalte und Qualifikationsprofile auf die Übereinstimmung mit den Anforderungen der Berufspraxis in einem standardisierten Prozess beschreibt und im Fall notwendiger Korrekturen deren Umsetzung auch sicherstellt.

Ich komme zum Schluss. Verschiedene Kontakte mit ausländische Regierungen, Parlamente und Unternehmen zeigen mir immer wieder.
Viele Staaten wollen lieber heute als morgen unser Berufsbildungssystem bei sich einführen.

Sie wollen auch, dass die Jugendlichen früh arbeitsmarktfähig werden und dadurch ihre weitere Aus- und Weiterbildung auf einem sicheren Fundament weiter treiben können. Die duale Berufsbildung lässt sich aber nicht einfach so importieren. Voraussetzung ist, dass die örtliche Wirtschaft dieses System auch wirklich will und dass es bei der Bevölkerung auch tief verankert ist. Eine politische Initiative einer Regierung oder eine Gipfelerklärung nach einer Ministerkonferenz reichen nicht.
Es braucht den Staat, die Bildungsakteure und die Wirtschaft als ganzes, und es braucht die Wertschätzung von allen für alle, die tüchtige Arbeit leisten.

Die duale Berufsbildung muss somit nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft tief verankert sein. Und alle Untersuchungen zeigen, dass dies in der Schweiz der Fall ist.
Einerseits haben wir dadurch eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit, zum anderen führt das Involvieren im Sinne von Franklin zu Motivation und positiver Lebensgestaltung. Das Gefühl und das Bewusstsein, einen Nutzen für das Unternehmen und somit für die Gesellschaft zu stiften, sind für Jugendliche enorm wichtig.

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen, die hier an diesem Jubiläum versammelt sind, für das grosse Engagement für die Bildung im allgemeinen und das BZGS im besonderen.